

"Alles tun, damit sich die Gegenkräfte noch wirkungsvoller formieren und in Aktion treten"

Bezirkskonferenz der DKP-Schleswig-Holstein

Am 8.12.2012 fand im Restaurant "Legienhof" des Gewerkschaftshauses in Kiel die 20. Bezirkskonferenz der DKP Schleswig-Holstein statt.

Nach konstruktiver Diskussion verabschiedete die Bezirkskonferenz mit großer Mehrheit Veränderungsvorschläge für das Dokument "Antworten der DKP auf die Krise" zur Weiterleitung an den Parteitag. Die DKP-Vorsitzende Bettina Jürgensen hatte zu Beginn der Antragsdebatte noch einmal die Intentionen des Parteivorstandes erläutert, die mit dem Hauptantrag verbunden waren, nämlich der Schaffung einer tragfähigen theoretisch-praktischen Grundlage für die zukünftige politische Handlungsfähigkeit der DKP. Diesem Anliegen stimmte die große Mehrheit der Konferenz zu. Auf der Grundlage dieses Antrages und Veränderungsvorschläge, die die Kreiskonferenz Pinneberg in einem Antrag eingebracht hatte, wurde streitbar diskutiert und schließlich mit achtzig Prozent Zustimmung der anwesenden GenossInnen ein Antrag an den Parteitag verabschiedet. Im Kern der Veränderungs-/Verbesserungsvorschläge geht es um eine inhaltliche Straffung des Textes und eine konkretere Benennung der dringendsten Handlungsfelder und Forderungen für die nächste Kampfetappe.

Im weiteren beschloss die Konferenz Anträge an den Parteitag mit den Inhalten, 2014 wieder ein UZ-Pressfest durchzuführen sowie das Studium des Parteiprogramms in allen Gliederungen der DKP zu organisieren mit dem Ziel, dass einerseits alle Parteimitglieder "auf der Höhe des Parteiprogramms" sind, andererseits darüber hinaus die Chancen nutzen, mit einer Programmdiskussion mit Sympathisanten und Interessierten über die theoretischen Grundlagen und Perspektiven der DKP ins Gespräch zu kommen.

Die Versammlung verabschiedete eine Solidaritätserklärung an die 200 Streikenden der Firma Neupack, die sich seit nunmehr über einen Monat für einen Tarifvertrag im Streik befinden.

Der Vertreter der SDAJ überbrachte die solidarischen Grüße des sozialistischen Jugendverbandes und stellte das Projekt der Kuba-Solidaritäts-Brigaden vor.

Die Konferenz wählte die Leitungsgremien des Bezirks und die Delegierten zum 20. Parteitag. Mit Annegret Hecker (Flensburg) und Christian Koberg (Kiel) wurden beide bisherigen SprecherInnen in ihren Ämtern bestätigt.

In dem Referat war Christian Koberg zu Anfang der Konferenz auf die gegenwärtige politische Situation und die Herausforderungen für die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte eingegangen. Auf die Situation in Schleswig-Holstein eingehend verwies er auf die Stellungnahme der DKP zu den Landtagswahlen vom Mai 2012, in der von der neuen Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW keine grundsätzlich andere Politik, keine Politik im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Familien zu erwarten sei. Was solle man von Parteien auch erwarten, die die "Schuldenbremse", die HSH-Nordbank und den Rüstungsstandort Schleswig-Holstein als oberste Priorität ansehen und der Bevölkerung weismachen wollen, dass es zu Hartz IV, Niedriglöhnen, zu Rüstungsexport und Auslandseinsätzen der Bundeswehr keine Alternativen gäbe. Andererseits sei die neue Regierung allerdings gegenüber gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Bewegungen druckempfindlicher als ihre CDU/FDP-Vorgängerregierung. Das spiegelte sich u.a. in der Verabschiedung des Tarifreuegesetzes

und der Aufnahme des Schutzes und der Förderung der Sinti und Roma Schleswig-Holsteins in die Landesverfassung wider. Aber: Für einen wirklichen Politikwechsel gelte es mehr den je die außerparlamentarischen Bewegungen zu stärken, in ihnen zu wirken und unsere Vorschläge einzubringen. Die DKP Schleswig-Holstein sei durch ihre Mitglieder aktiv in der Gewerkschaft und in einer Reihe von Bündnissen vertreten; sie bringt dort Initiativen und Anregungen ein. Die Mitarbeit sei aber noch zu wenig Bestandteil der kollektiven Diskussion, um Anregungen und auch Schlussfolgerungen für die praktische Arbeit zu ziehen. Hier hätte die Partei noch viel Potential nach oben. Koberg verwies dabei auf Beispiele kämpferischer Interessenvertretung in der jüngsten Zeit: Streiks und Demonstrationen von Krankenhausbeschäftigten (Helios Damp, Nordseeklinik Sylt), von Busfahrern für einen einheitlichen Tarif oder um die Auseinandersetzung um die Übernahme der PROVINZIAL durch den Allianz-Konzern. Diese Beispiele zeigen, dass die Beschäftigten bereit sind zu kämpfen. Auch die Aktivitäten von Gewerkschaften, Sozialverbänden und sozialen Bewegungen (14. November, "Umfairteilen", Blockupy) gegen die "Agenda-Politik" des Kapitals zeigten dies. "Oder nehmen wir die beeindruckenden Widerstandsaktionen gegen die Nazi-Aufmärsche in Lübeck oder Neumünster oder die Aktivitäten der Anti-AKW-Bewegung für die sofortige Stilllegung des AKW Brokdorf, die Veranstaltungen der Friedensbewegung gegen den Rüstungsexport aus Kiel, vor allem gegen die U-Boot-Produktion auf der HDW.und und und. Wir Mitglieder der DKP sind aufgefordert, alles zu tun, damit sich die Gegenkräfte – vor allem außerparlamentarisch - noch wirkungsvoller gegen die Politik von Kabinett und Kapital formieren und in Aktion treten." Die Konferenz endete mit dem gemeinsamen Singen der Internationale.

gst